

Mehr Markt und mehr Staat – für stabile Finanzmärkte

– *Kurzfassung* –

Fraktionsbeschluss 15. Juli 2010

Auf den Finanzmärkten gelten knapp zwei Jahre nach der Lehman-Brothers-Pleite immer noch weitgehend dieselben Regeln, die zur Krise geführt haben. Globales Regulierungsversagen besteht trotz wohlklingender Gipfel-Vereinbarungen der G20 weiter. Nach wie vor gibt es gigantisch große Banken und Fonds, deren Rettung oder Abwicklung ohne Panikreaktion an den Märkten und gefährliche Ansteckungseffekte unmöglich ist. Regulierungs- und Steueroasen betreiben ihre schädlichen Geschäfte weiter. In Deutschland waren und sind die Regeln für die Finanzmärkte in vielen Fällen besonders unzureichend und die Aufsichtsbehörden besonders schlecht aufgestellt. Deswegen sind die deutschen Banken auch besonders hart betroffen.

Immer noch weist Deutschland wegen seines exportorientierten Wachstumsmodells, das den Binnenmarkt vernachlässigt, extrem hohe Exportüberschüsse aus, die zu ebenso hohen wie gefährlichen Nettokapitalexporten führen. Dieses „überschüssige“ Geld ist vielfach in spekulative Papiere geflossen – mit dem bekannten Ausgang und horrenden Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei der Bankenrettung.

Grünes Leitbild einer Finanzmarktordnung

Wir wollen, dass die Finanzmärkte wieder echte und funktionierende Märkte werden. Unternehmerisches Handeln, Verantwortung und die Möglichkeit des Scheiterns gehören dazu. Deswegen wollen wir mehr Markt. Ohne staatliche Regelsetzung und eine bessere Aufsicht ist das nicht möglich. Deswegen brauchen wir auch mehr Staat. Ebenso wie beim Markt verstehen wir dieses Mehr in einem qualitativen Sinne.

Jedes Institut, jeder Fonds muss Pleite gehen können, ohne die Finanzmarktstabilität zu gefährden – „too big to fail“ darf es nicht mehr geben.

Europa muss mit eigenen Regeln für einen stabilen europäischen Finanzmarkt vorangehen.

Auf die Regulierungszweifler zu warten, wäre verantwortungslos. Europa kann mit eigener Regulierung und Aufsicht gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Eine bessere Ausstattung der Finanzaufsicht ist dringend notwendig – ebenso jedoch die Schaffung von Marktstrukturen, in denen die Stabilität nicht allein von der Qualität der Aufsicht abhängt, sondern durch mehr Markt selbst erzeugt, gestützt und gesichert wird.

Die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gehören wieder in den Mittelpunkt.

Zentrale Projekte Grüner Finanzmarktpolitik

- Größenbremse für Banken als Antwort auf die „too big to fail“-Problematik:
- mehr Eigenkapital und mehr Liquidität mit steigender Institutsgröße. Schuldenbremse für Banken zwingt zu deutlich mehr Eigenkapital und stabilisiert so den Finanzmarkt. Sinnvoll auch auf nationaler Ebene – hier muss Deutschland vorangehen.
- Starke Aufsicht auf Augenhöhe mit der Branche und mit dem politischen Auftrag sowie den Ressourcen ausgestattet, um präventiv eingreifen zu können.
- Banken-Testament: Jede Bank muss schon jetzt so strukturiert sein, dass sie im Ernstfall ohne Steuerzahlergeld gerettet oder abgewickelt werden kann.
- Konsequente parlamentarische und juristische Aufarbeitung der Finanzkrise: Verursacher zur Verantwortung ziehen und aus Fehlern lernen.
- Eindämmung des Finanz-Lobbyismus.

Mehr Markt

- effektive Wettbewerbspolitik im Finanzmarkt statt Finanzmarkt-Industriepolitik
- Größenbremse für Banken
- Entflechtungsgesetz für die Finanzbranche mit der Möglichkeit zur Bankenzerschlagung im Extremfall
- neues Haftungsprinzip inklusive der Möglichkeit für Aufsichtsbehörden, Fremd- in Eigenkapital zu wandeln – das steigert die Verantwortung der Geldgeber
- Eigentümer, Kleinanleger wie Großinvestoren, müssen Verantwortung übernehmen – dafür müssen aber auch die Aktionärsrechte verbessert werden
- Marktmacht der Ratingagenturen reduzieren

und mehr Staat

Verbesserung des Kräfteverhältnisses zwischen Regulierern und Regulierten: Aufsicht mit politischem Auftrag soll nicht nur zuschauen, sondern eingreifen können

Schuldenbremse für Banken (leverage ratio), Verschärfung der Eigenkapital - und Anpassung der Liquiditätsanforderungen

Trennbankensystem: glaubhafte Ausgrenzung des Investmentbankings von der impliziten Staatsgarantie mit stark disziplinierender Wirkung auf Risikoverhalten

Nur in wenigen Fällen wie der Regulierung des OTC-Marktes ist eine internationale Harmonisierung über die EU hinaus notwendig. In Europa selbst kann und muss vieles sinnvoll geregelt werden, insbesondere:

- Europäisches Krisenmanagement inklusive EU-Rettungsfonds, der mittels Abgabe oder Umlage der Banken finanziert wird
- Finanztransaktionssteuer
- Europäische Aufsicht mit starken Weisungs- und Durchgriffsrechten starke Regulierung von Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften

Anträge zum Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten finden sich unter den Bundestags-Drucksachen 16/5290 („Schutz der Anlegerinnen und Anleger bei Zertifikaten stärken“), 16/11205 („Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten stärken“) und 16/13402 („Grauen Kapitalmarkt durch einheitliches Anlegerschutzniveau überwinden“). Der Antrag zur ökologisch-sozialen Ausrichtung des Finanzmarkts findet sich unter der Bundestags-Drucksache 17/795 („Finanzmärkte ökologisch, ethisch und sozial neu ausrichten“).